

Die Verstaatlichung der Energiewirtschaft

geschrieben von Wolfgang Müller | 6. Oktober 2013

Beängstigend waren von Anbeginn die vorhersehbaren, zerstörerischen Auswirkungen auf die Wirtschaft und die privaten Verbraucher., denn die Ruinierung der Energieversorgung eines Industrielandes bedeutet die Vertreibung derjenigen Unternehmen, die dem Bankrott durch Flucht ins Ausland entkommen können, während die übrigen schlicht untergehen. Die privaten Verbraucher werden zuerst durch immer höher steigende Energiepreise ausgeplündert, bevor sie auch noch ihre Arbeitsplätze verlieren.

Nun muss man sich fragen, ob das so gewollt war. Hat die Regierung im Auftrag einer finsternen Macht beschlossen, ihr Land in den Staatsbankrott zu treiben? Zu den Zeiten des Kalten Krieges hätte man sicherlich diese Möglichkeit erwogen, denn der Untergang des Kapitalismus und seiner westlichen Vertreter war schließlich tatsächlich das Ziel des uns nicht wohl gesonnenen Warschauer Paktes.

Heutzutage ist ein solcher Verdacht natürlich absurd. Wenn es aber nicht die Absicht der Regierung war, das Land über die Zerstörung seiner Energieversorgung kaputt zu machen – was war dann der Grund für ihre Handlungsweise?

Die beiden einzig plausiblen Antworten auf diese Frage sind unendlich peinlich.

Die Regierung:

Der Anlass für diesen krassen Kurswechsel, der zu Recht als „Wende“ bezeichnet wurde, war eine politische strategische Überlegung: Der Opposition, speziell den Grünen, sollten alle Argumente abgenommen werden – indem die Regierung plötzlich selbst deren Linie vertrat.

Sie hat ungeprüft ideologische Konzepte der Grünen übernommen. Sie hat auf die Zuziehung von externem fachlichem Sachverstand verzichtet; andernfalls wäre das Ausmaß des Unsinn nicht so extrem geworden. Und in ihren Ministerien fehlte es allem Anschein nach an dem nötigen Sachverstand; insbesondere im Umweltministerium, in dem es direkt nach der Amtsübernahme durch Trittin einen Exodus von Fachleuten und eine Einstellungswelle von grün-ideologisch geprägten Mitarbeitern gab, die bis heute – zwei Regierungen später – immer noch die Arbeit des Hauses bestimmen.

Die Folgen dieser Wende interessierten die Kanzlerin ganz offensichtlich überhaupt nicht. Es ging nur um den Machterhalt.

Das Parlament:

Man hätte daraufhin erwarten können, dass die Abgeordneten, unter denen sich schließlich eine nicht geringe Anzahl von Fachleuten und Managern befindet, die Regierungspläne zu Konfetti zerreißen würden. Aber es lief völlig anders ab.

Unsere Parlamentarier haben sich – mit wenigen ehrenwerten Ausnahmen – wie die sprichwörtlichen Lemminge verhalten, als sie sowohl über die Energiewende-Pläne als auch über das Kernkraft-Moratorium und den Kernkraft-Ausstieg abstimmten. Es war offenbar eine Mischung aus verschiedenen Faktoren, die sie dazu veranlaßten: Die Opposition aus SPD, Grünen und Linken sah erstaunt, wie ihre eigenen Forderungen von der Regierung erfüllt wurden. Die Regierungsfractionen standen unter dem Druck ihrer Fraktionsführungen. Zudem fehlte der Mehrheit die fachliche Kompetenz zur Beurteilung der Konsequenzen. Durch Zeitdruck wurde die Zuziehung externen Sachverständs verhindert. Und schließlich herrschte eine große Angst vor den Medien, deren überwiegend grün-rot orientierte Redakteure ihrerseits einen Druck ausübten, den alle Politiker fürchten.

Und so beschloß der gesamte Bundestag fast einstimmig den Einstieg in das „erneuerbare Zeitalter“ (Zitat aus dem Energiekonzept) – und de facto den Untergang ihrer Nation.

Dieser Vorgang dürfte den Historikern noch viel Stoff für Analysen bieten.

Es ist diese praktisch einstimmige Zustimmung des gesamten Parlaments zur Energiewende und zum „Atomausstieg“, die wie eine schwere Hypothek auf den Altparteien und ihren Abgeordneten liegt. Diese Hypothek liegt auch auf dem nun neu gewählten Bundestag, denn die maßgeblichen Parteien sind immer noch dieselben – mit Ausnahme der FDP – und auch die meisten der neuen Abgeordneten sind die alten, die der energiepolitischen Blamage ihre Zustimmung gegeben hatten.

Jede nur denkbare Regierungskoalition wird aus Parteien bestehen, die alle dafür waren. Und sie müßten nun im Grunde fast alles, was sie vor nicht langer Zeit mitbeschlossen haben, wieder zerschlagen.

Dieses Dilemma in Verbindung mit den unausweichlichen, sehr bald fälligen drastischen energiepolitischen Maßnahmen eröffnet nun leider ziemlich erschreckende Aussichten. Denn es besteht die Möglichkeit, dass an Stelle einer Rücknahme der falschen Entscheidungen – insbesondere das EEG betreffend – die letzten Hemmungen fallen und der bereits eingeleitete Prozeß der Planwirtschaft direkt in eine Verstaatlichung des Energiesektors führt.

Schließlich bietet ein weitgehend verstaatlichter Energiesektor für eine Regierung, die eine mit Gesichtsverlust verbundene Revision des

Zerstörungsprogramms fürchtet, eine Reihe von vorübergehenden Vorteilen:

- **Es geschieht schließlich etwas; man zeigt Handlungsfähigkeit.**

- Immer neue, verschlimmbessernde Reparaturmaßnahmen, die durch die gegenüber wirtschaftlichen Fehlern gnadenlose Marktwirtschaft erzwungen werden, sind nun nicht mehr nötig. Denn die Marktwirtschaft wird ja in diesem Sektor abgeschafft.
- Man kann nun mit vielen Milliarden Euro die selbst verschuldeten und immer neuen Probleme vorübergehend „heilen“.
- Es gibt neue Behörden und viele schöne Pöstchen für verdiente Parteisolddaten.
- Und man gewinnt Zeit. Nicht sehr viel, denn nach maximal zwei Jahren dürften alle Verstaatlichungskosten, Firmenaufkäufe – (bevorzugt: notleidende Stadtwerke) -, Subventionen, Investitionszuschüsse, Kapazitätsvorhaltungs-Prämien für stillstehende Kraftwerke und soziale Hilfsprogramme für Energiekosten-geschädigte Bürger die Finanzkraft des Bundes übersteigen. Dann steckt der Karren zwar noch viel tiefer im Dreck, aber der Zeitgewinn wäre es der Politik vermutlich wert.

Pläne, Visionen und Gesetze

Wer einen Blick in die Zukunft wagen möchte, tut gut daran, die bisherige Entwicklung genau in Augenschein zu nehmen. Wir kennen die Programme, die unsere Regierung seit 2009 auf dem Feld der Energiepolitik beschlossen hat und wir kennen die bisherigen Ergebnisse, heute, gerade einmal 4 Jahre später.

Sie sind überaus aufschlußreich und erlauben eine Beurteilung der Qualität der Regierungsarbeit – und daher gestatten sie auch eine Prognose über die künftigen Schritte der Regierung in diesem volkswirtschaftlich extrem wichtigen Sektor. Um eine Bewertung der deutschen Energiepolitik zu erhalten, genügt der Blick auf die Aktionen der Bundesregierung seit dem Sommer des Jahres 2009.

Im August des Jahres 2009 wurde das Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen im 380 kV-Höchstspannungs-Übertragungsnetz (EnLAG) verabschiedet.

- ♦ In der gegenüber 2009 leicht modifizierten Fassung gilt heute eine Planung von 1.855 km. Zweck dieses enormen Netzausbaus, der bisher nur das Höchstspannungs-Übertragungsnetz betrifft, ist vor**

allem der Transport des in Norddeutschland fern von den Verbrauchszentren erzeugten Windstroms nach West- und Süddeutschland. Von dem noch viel gewaltigeren Ausbau der Mittel- und Niederspannungsnetze, der durch die flächendeckend vorhandenen Solarstrom- und Windkraftanlagen mit ihrem gesetzlich garantierten Einspeisevorrang verursacht wird, ist dabei noch gar nicht die Rede.

Am 28. September 2010 beschloss die Regierung dann das „Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“, das nach der wahrlich großwahnsinnigen Feststellung des Bundesumweltministeriums „die energiepolitische Ausrichtung Deutschlands bis 2050 beschreibt“.

Wesentliche Ziele darin waren:

- **Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990.**
- **Erreichen eines Anteils der „erneuerbaren“ Energien an der Stromerzeugung von 50 % bis 2030; von 65 % bis 2040 und von 80 % bis 2050.**
- **Bei diesen Zielen handle es sich um „ehrgeizige Klimaschutzziele“.**
- **Zur Kernenergie liest man im Energiekonzept: *„Der notwendige Umbau der Stromversorgung hin zum (wörtlich) erneuerbaren Zeitalter mit der Perspektive 2050 wird den traditionellen Energiemix (gemeint sind Kohle und Kernkraft) deutlich verändern. Ein solcher Prozeß benötigt nicht nur Zeit, sondern muss auch wirtschaftlich vernünftig ausgestaltet werden.“***
Dann kommt der entscheidende Satz:

- **„Um diesen Übergang zu gestalten, brauchen wir noch zeitlich befristet die Kernenergie und werden deshalb die Laufzeiten (der 17 KKW) um durchschnittlich 12 Jahre verlängern“. *Und noch besser: „Darüber hinaus werden die Regelungen über Sicherheitsanforderungen an die deutschen Kernkraftwerke im Rahmen einer 12. Atomgesetz-Novelle erweitert und auf technisch höchstem Niveau fortgeschrieben.“***
- **Zum Endlager für Kernkraft-Abfälle: *„Dies (Anm.: das Endlager Konrad) wird möglichst zügig***

errichtet und in Betrieb genommen. Für 90 % der anfallenden radioaktiven Abfälle ist dann ein sicheres Endlager vorhanden.“ Zum Thema hochradioaktive Abfälle steht dort: Die Erkundung (Anm.: des Salzstocks Gorleben) wird ab Oktober 2010 ergebnisoffen wieder aufgenommen. In einer vorläufigen Sicherheitsanalyse werden bis Ende 2012 alle bisherigen Ergebnisse über den Salzstock zusammengetragen und einer internationalen Expertenprüfung unterzogen. Darauf aufbauend können wir die Erkundung zielgerichtet abschließen.“

- Zur Abtrennung und Speicherung von CO₂ (CCS): „Bis 2020 sollen zwei der 12 EU-weit förderfähigen CCS-Demonstrationsvorhaben gebaut werden.**
- „Wir wollen mittelfristig die verfügbaren deutschen Potenziale**

für Pumpspeicherwerke im Rahmen der technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten erschließen.“

· *„Bis 2020 sollen 1 Million Elektrofahrzeuge in Deutschland fahren; bis 2030 sollen es 6 Millionen sein.“*

· *Am Schluß wird ausführlich „die Einbettung (dieser Pläne und Bemühungen) in die europäische Energiepolitik“ versprochen.*

Nur 8 Monate später: Ein Grundpfeiler der Stromversorgung wird zerstört

Kurz nach dem durch ein schweres Erdbeben mit nachfolgendem katastrophalem Tsunami verursachten Reaktorunfall in Fukushima verkündete am 14. März 2011 die

Bundeskanzlerin eine auf 3 Monate befristete Aussetzung der gerade beschlossenen Laufzeitverlängerung – das sog. Moratorium. Am darauf folgenden Tag teilte sie mit, dass die 7 ältesten deutschen Kernkraftwerke während des Moratoriums abgeschaltet werden sollten. Auch das seit 2009 abgeschaltete KKW Krümmel sollte in dieser Zeit außer Betrieb bleiben.

Weil die fachlich zuständige Reaktorsicherheits-Kommission allen Reaktoren eine sehr hohe Sicherheit bescheinigte, berief die Regierung eine sogenannte Ethik-Kommission, die dann unbelastet durch Fachkenntnisse und wunschgemäß den Kernkraftausstieg befürwortete.

Am 6. 6. 2011 beschloss

**die Regierung ein
Energiepaket mit dem
Titel „Der Weg zur
Energie der Zukunft –
sicher, bezahlbar und
umweltfreundlich“.**

**Es war streckenweise eine Neuauflage
des Papiers vom September 2010. Aber
durch das begleitende 13. Gesetz zur
Änderung des Atomgesetzes wurde die
Laufzeitverlängerung vom Oktober
2010 am 6.8.2011 zurückgenommen.**

**Diese sachlich völlig unbegründete
und rein politisch-taktische
Kehrtwendung bezüglich der Rolle der
Kernenergie zerstörte einen
Grundpfeiler der deutschen
Stromversorgung, denn die zuvor
allein durch Kohle- und
Kernkraftwerke sichergestellte**

Grundlast-Stromerzeugung wurde plötzlich allein den Kohlekraftwerken auferlegt. Das war nicht nur ein schwerer Schlag gegen die Versorgungssicherheit der Wirtschaft und der Verbraucher, sondern zugleich auch ein Schlag gegen die hochfliegenden Pläne mit der stufenweisen und weitgehenden Übernahme der Stromversorgung durch die „Erneuerbaren“, die nun auch alle Kernkraftwerke ersetzen sollten. Diese Vision wurde nun vollkommen illusorisch, weil die wegfallende große Grundlast-Kapazität überhaupt nicht durch „Erneuerbare“ ersetzt werden kann und höchstens ein kleiner Teil der entstehenden Lücke durch neue Braunkohlekraftwerke ausgefüllt werden könnte – falls sich überhaupt noch ein Investor dafür findet (s.u.).

Weiterhin zerstörte dieser Beschluss

die Hauptbegründung der Energiewende, die Treibhausgase drastisch zu Gunsten eines angeblichen „ehrgeizigen Klimaschutzes“ zu reduzieren. Wer mit mehr Kohlekraftwerken die CO2-freien Kernkraftwerke ersetzen muß, bekommt unweigerlich mehr CO2-Emissionen – das wusste selbst diese Regierung.

Damit war nach nur 8 Monaten nach seiner Verkündung dem Energiekonzept der Regierung das Hauptziel abhanden gekommen und alle anderen, die Stromversorgung betreffenden Ziele waren endgültig illusorisch geworden.

Damit endete dann auch schon die angeblich 40 Jahre in die Zukunft reichende Energieplanung.

Der Blick auf eine Trümmerlandschaft

Zwei Jahre darauf gleichen das Energiekonzept von 2010 und das „Energiepaket“ von 2011 einer Trümmerlandschaft.:

- Die Emissionen des angeblichen Treibhausgases CO₂ steigen seit der Abschaltung der 8 Kernkraftwerke unaufhaltsam. Das macht im Grunde nichts, denn die Hypothese vom CO₂-angetriebenen Klimawandel zerfällt gerade, weil die reale Temperaturentwicklung im Begriff ist, selbst den Streubereich der IPCC-Horrorprognosen in Richtung Abkühlung zu verlassen. Das politische Hauptziel „Klimaschutz“ der gesamten Energiepolitik ist damit aufgegeben worden. Darüber spricht man nicht mehr, da zu**

peinlich.

- ♦ Der Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien ist dank großzügigster Subventionierung stärker als geplant erfolgt, allerdings mit unerwünschten Folgen: Ein starker Anstieg des Strompreises; die ruinierte Wirtschaftlichkeit von Gas-, Steinkohle- und Pumpspeicherkraftwerken mit der Folge ihrer drohenden Stilllegung; die Gefährdung der Netzstabilität durch witterungsbedingte Schwankungen von Wind- und Solarstrom; Landschaftsverschandelung, Naturzerstörung und Lärmbelastung durch Windkraftanlagen; riesige Monokulturen durch Mais- und Rapsanbau für Biogasanlagen werden zur Konkurrenz für landwirtschaftlich genutzte Flächen; Anstieg der Pachtkosten für Agrarflächen; Anstieg der Holzpreise; Feinstaubbelastung durch Holzpellet-Heizungen; Belastungen der Stromnetze unserer Nachbarländer durch Überschuß-Strom von Windkraftanlagen; Zuzahlungen für Nachbarländer, damit sie die unerwünschten Leistungsspitzen annehmen. Und dennoch kein Ersatz der konventionellen Stromerzeugung durch Erneuerbare, weil diese auch bei größtem Ausbau niemals eine sichere Versorgung garantieren können. Damit wird die gesamte Stromerzeugung doppelt aufgebaut – die dadurch verursachten Kosten kann keine Wirtschaft verkraften: Die Abwanderung der Grundstoffindustrie ist die Konsequenz. Womit die Regierung ebenfalls nicht rechnete, war der große Widerstand der Bürger gegen Windkraftanlagen: Es gibt lt. SPIEGEL-Bericht über 700 Bürgerinitiativen gegen diese Technik. Hinzu kommen Bürgerinitiativen gegen den Bau von Hochspannungsleitungen und gegen den großflächigen Anbau von Energiepflanzen sowie gegen Biogasanlagen.

- **Der durch die Abschaltung der Kernkraftwerke verursachte Ausfall an Grundlaststrom wird nun teilweise durch Stromimporte ausgeglichen: Dieser Strom kommt aus französischen und tschechischen Kernkraftwerken.**
- **Alle entschlossen im Energiekonzept vom September 2010 verkündeten Pläne zur Endlagerung radioaktiver Abfälle wurden schon 2013 Makulatur. Am 23.7.2013 wurde das von allen Parteien im Bundestag verabschiedete**

**„Standortauswahlgesetz“
veröffentlicht. Das neue zeitliche
Ziel ist nicht mehr 2012, sondern
2031 – aber nicht etwa für die
Eröffnung des Endlagers, sondern
nur für die Entscheidung, wo es
denn errichtet werden könnte.
Wörtlich im Gesetz: „Das
Standortauswahlverfahren soll (!)
bis zum Jahr 2031 abgeschlossen
sein.“ Woraufhin dann der
„Gorleben-Effekt“, also massiver
Bürgerwiderstand, an jedem neuen,
in Aussicht genommenen Standort
eintritt. Dieses Gesetz ist
nichts anderes als eine
Totalkapitulation vor einer
unangenehmen Entscheidung: Es
bedeutet, dass sämtliches
hochradioaktive Material für einen
unabsehbaren Zeitraum oberirdisch
gelagert werden muss. Ob das die
Endlager-Gegner wollten ?
• Die Pläne für**

**Demonstrationsanlagen zur CO₂-
Abtrennung und unterirdischen
Speicherung wurden durch den
Ausstieg von Vattenfall sowie die
massiven Bürgerproteste in
Norddeutschland ebenfalls
Makulatur.**

- Von den wenigen,
energiewirtschaftlich
bedeutungslosen Projekten zum Bau
neuer Pumpspeicherkraftwerke
scheiterte das große Projekt am
Rurseer; Trianel warf das Handtuch
nach sehr großem Widerstand aus
der Bevölkerung.**
- Auch beim Thema Elektrofahrzeuge
droht eine Blamage. Im ersten
Halbjahr des Jahres 2013 gab es
nicht einmal 2.500 Neuzulassungen.**
- Der Ausbau des
Höchstspannungsnetzes kommt nicht
voran: Von den aktuell geplanten
1.855 km sind bislang 268 km und
damit knapp 15 % realisiert.**

Weitere Fertigstellungen erwarten die Netzbetreiber erst wieder 2014. Inzwischen werden die genannten Zahlen als viel zu niedrig angezweifelt: Minister Rösler erklärte, dass nach dem Netzentwicklungsplan 2.900 km optimiert und weitere 2.800 km neu gebaut werden müssten.

- Und die von der Regierung zugesagte „Einbettung in die europäische Energiepolitik“ fand nicht nur nicht statt, vielmehr vollzog sie ihren extremen Schritt mit der überstürzten Abschaltung von 8 Kernkraftwerken von immerhin 8422 Megawatt Leistung ohne jede Vorwarnung oder gar Konsultation mit den Nachbarländern, die mit ihren Stromnetzen mit Deutschland verbunden sind. Auch der extreme Ausbau der Windkraft und der Photovoltaik hat durch die dadurch verursachten starken

Leistungsschwankungen erhebliche Auswirkungen auf benachbarte Länder. Die Regierung hat diese einseitige Politik niemals mit ihnen in Bezug auf die Auswirkungen auf den Strompreis und die Netzstabilität direkt betroffenen Nachbarn abgestimmt. Jetzt planen Nachbarländer – insbesondere Polen – den Bau technischer Sperreinrichtungen gegen unerwünschte deutsche Stromexporte in ihr Netz. Abwehr anstelle von Integration ist nun die Richtung.

Energie-Planwirtschaft als Folge von Hilflosigkeit

In der Wirtschaftspresse ist bereits harsche Kritik daran geübt worden, dass im Energiesektor immer mehr

marktwirtschaftliche Grundprinzipien von der Regierung missachtet und durch politisch motivierte Verletzungen dieser Prinzipien ersetzt werden.

Zahlreiche durch diese Politik hervorgerufenen Probleme zwangen die Regierung bereits zu „Reparaturmaßnahmen“, die allerdings niemals den Grundübeln zu Leibe rückten, sondern im Gegenteil stets so eingerichtet wurden, dass die gefährlich gewordenen primären Schadwirkungen durch neue kostspielige Investitionen, Subventionen und Kostenüberwälzungen auf die Verbraucher zugekleistert wurden – womit sie selbst zu neuen Schädigungen von Bürgern und Wirtschaft führen.

Die Methode ist: Fehlentscheidungen nicht rückgängig machen, sondern neue Fehler einführen, um die

**dahinter stehende
planwirtschaftliche Ideologie zu
schützen.**

Folgendes geschah bereits:

**1. Das Erneuerbare Energien-
Gesetz (EEG), also die
Zwangssubventionierung
unwirtschaftlicher und auch
technisch ungeeigneter Methoden der
Stromerzeugung – verbunden mit dem
Zwang, den so erzeugten Strom
vorrangig ins Netz einzuspeisen und
seinen Weiterverkauf notfalls noch
zusätzlich zu bezahlen**

**2. Entschädigungs-Verpflichtung
für die Nicht-Produktion eines
Wirtschaftsgutes – s. §12 EEG.**

**3. Die mit Angstszenarien
begründete Stilllegung einer großen**

Grundlast-Stromerzeugung (Kernkraft) mit der Folge von Preissteigerungen, Versorgungsengpässen und abnehmender Netzstabilität.

4. Gewaltiger Ausbau der Stromnetze, der ohne die Fehlentscheidung der erzwungenen Bevorzugung unrentabler Erzeugungstechniken – s. Punkt 1 – überhaupt nicht notwendig wäre.

5. Die Übernahme der Kosten, die den Windparkbetreibern durch einen verzögerten Anschluss der Offshore-Windparks an das Land-Stromnetz entstehen, durch die Stromverbraucher – eine staatswirtschaftliche Maßnahme, die das vormalig FDP-geführte Wirtschaftsministerium erfunden und durchgesetzt hatte.

6. Die Entlastung von

energieintensiven Produktionen von den durch das EEG verursachten Strompreiserhöhungen – und deren Überwälzung auf die übrigen Verbraucher. Hier besteht die Möglichkeit eines Eingriffs der EU wegen Wettbewerbsverletzung.

7. Neue Subventionen, um weitere Folgen der Fehlsteuerung durch das EEG und den Kernkraftausstieg zu bekämpfen: Die Vorrangseinspeisung von Wind- und Solarstrom drückt den Börsenpreis speziell in den Mittagsstunden und macht Kohle- und Gaskraftwerke und auch Pumpspeicherkraftwerke unrentabel: Die Betreiber planen Stilllegungen. Damit zerstört das EEG sogar die Rentabilität der einzigen Kraftwerke, die zu einer Stützung und Stabilisierung des vom stark schwankenden EEG-Strom gefährdeten Stromnetzes imstande sind. Die verzweifelte Regierung hilft sich

mit: Neuen Subventionen. Das Stichwort heißt „Kapazitätsmanagement“. Im Klartext: Zur Stilllegung vorgesehene Kraftwerke werden zur „Kaltreserve“ ernannt und deren Betreiber erhalten Geld, um die stillstehende Anlage bei Engpässen hochzufahren. Bereits erfolgt beim bayerischen modernen Gaskraftwerk Irsching, dessen Normalbetrieb durch das EEG ruiniert wurde. Der Staat hält sich also auf eigene Kosten eine Kaltreserve. Für die von niemand mehr geplanten Kraftwerksneubauten kommt Entsprechendes: Siehe unten.

8. Stromspeicher werden im Ausland gesucht – so die per Seekabel teuer anzuschließenden Pumpspeicherwerke Norwegens – weil nicht benötigter, überschüssiger Windstrom zwischengespeichert werden muss. Die Seekabelverbindung

Nord.Link ist geplant.

9. Durch die Energieeinsparverordnung werden Hausbesitzer zur energetischen Sanierung und Nachrüstung gezwungen. Auch wenn sie das nicht wünschen. Sie dürfen die Kosten auf die Mieter umlegen.

10. Für Neubauten ist bereits die Installierung der sog. intelligenten Stromzähler vorgeschrieben. Ein Zwang für alle Verbraucher, diese Geräte anzuschaffen, ist angesichts der die Bürger bevormundenden Energiepolitik zu erwarten.

11. In Baden-Württemberg wurden Hausbesitzer bereits gesetzlich verpflichtet, bei einer Modernisierung ihrer Heizungsanlage eine anteilige Versorgung durch „Erneuerbare Energie“ sicherzustellen.

12. Durch die wetterabhängige, bei Bewölkung rasch schwankende Stromeinspeisung der Photovoltaikanlagen geraten die Verteilnetze in Stabilitätsprobleme. Weil ein durch zu große Einspeisung hervorgerufenenes Überschreiten der Netzfrequenz von 50,2 Hertz vermieden werden muss, wurde den Betreibern der Solarstromanlagen die Anschaffung eines Regelgerätes vorgeschrieben. Die Kosten dafür wurden – unbemerkt – wieder den Stromverbrauchern auferlegt, obwohl sie für diese Störung des Netzes nicht verantwortlich sind.

Die

Verstaatlichung

des Energiesektors in der Zukunft

**Der bereits
eingeschlagene Weg in
die Verstaatlichung
der Stromerzeugung
und -verteilung führt
folgerichtig zu
folgenden Schritten –
und bei einer großen
Koalition erst recht:**

1. Die von den

**EUV geplante
Stilllegung von
konventionellen
Kraftwerken hat
nicht nur den
Einbruch des
Börsenpreises
durch
hochsubventioniert
en und mit
gesetzlichem
Einspeise-Vorrang**

**versehenen EEG-
Strom als Ursache:
Es geht ebenfalls
um alte, unmoderne
und mit schlechten
Wirkungsgraden
arbeitende
Anlagen, die
demnächst das Ende
ihrer
Betriebsdauer
erreichen. Auch**

**das fürchtet die
Regierung, denn
sie braucht alle
existierenden
Kraftwerke, weil
keine neuen mehr
gebaut werden –
s.u.**

**Die
staatswirtschaftli
che und anti-**

**marktwirtschaftliche Konsequenz:
Bezuschussung auch
dieser Altanlagen;
d.h. Finanzierung
umfassender
Modernisierungsmaß-
nahmen und
Subventionierung
des Betriebes.**

2. Die

**Bevorzugung von
Wind- und
Solarstrom macht
nicht nur die
bestehenden
konventionellen
Kraftwerke
unrentabel.
Insbesondere
Kraftwerksneubaute
n werden von der
Regierung dringend**

**gefordert, weil
die durch den
Kernkraftausstieg
entstandene Lücke
mit neuen
Kohlekraftwerken
ausgefüllt werden
muss. Von CO2-
Emissionen spricht
ohnehin niemand
mehr. Die
privaten**

**Investoren denken
jedoch angesichts
dieser**

Energiepolitik

verständlicherweise

nicht mehr an

Neubaupläne. Das

bekannte

Heilmittel: Geld

vom Staat – hier

Investitionskosten

zuschüsse. Das

**diskutiert auch
schon der BDEW und
auch die
Bundesnetzagentur
empfiehlt, über
Subventionen für
den
Kraftwerksneubau
„nachzudenken“
Deshalb hat
bereits die alte
Bundesregierung**

**derartige
Investitionskosten
zuschüsse für neue
fossile Kraftwerke
im Zeitraum
2013-2016 in
Aussicht gestellt
und nahm hierzu
Verhandlungen mit
der EU auf. Dies
wird mit
Sicherheit kommen,**

**weil auch
weiterhin
angesichts der
sprunghaften und
unberechenbaren
Energiepolitik
niemand derartige
Investitionen
tätigen wird, was
sich schon heute
abzeichnet. Sollte
das dann auch**

**nicht helfen, wird
der Staat selbst
als
Kraftwerksbauer
auftreten müssen –
vielleicht auch
gerne wollen.**

**3. Der staatliche
Geldregen für
Energiewende-
Reparaturmaßnahmen**

**lockt nun auch
weitere
Interessenten
hervor: Auf der
Energiespeicher-
Konferenz IHRES in
Berlin wurde ein
Einspeisegesetz á
la EEG auch für
Energiespeicher,
die das Netz
stabilisieren**

**sollen, gefordert.
Auch
Investitionszuschü
sse seien
geeignet. Abermals
heißt das vom
Staat – also von
den Verbrauchern
– bezahlte
„Kapazitätsbereits
tellung“; hier
eben für**

Speicher.

4. Die schon heute erheblichen Probleme, die viele Haushalte mit ihren Stromrechnungen haben – die Verbraucherschützer sprechen von 600.000

**Haushalten, denen
der Strom
abgestellt wurde –
könnten in der
Logik der
Staatswirtschaft
dazu führen, dass
es einen Eingriff
in die
Tarifgestaltung
der Netzbetreiber
gibt: Sozialtarife**

**für Bedürftige,
also höhere Preise
für die
Übrigen.**

**5. Die bereits bei
den PKW erprobte
Idee der
Verschrottungspräm**

**ie erlebt
gegenwärtig bei
den
Ideenproduzenten
eine Neuauflage
für die „weiße
Ware“, speziell
alte Kühlschränke
und Heizkessel.
Vorbild ist
Mexiko: Dort wurde
das seit 2009**

**praktiziert; 1,5
Millionen
Haushalte
ersetzen dadurch
ihre Kühlschränke
und 7 % weniger
Stromverbrauch pro
Haushalt war das
Ergebnis.**

**Dieser finanzielle
Anreiz kann auch**

**noch mit der
Verpflichtung zur
Installation von
Photovoltaikanlage
n oder Wärmepumpen
verknüpft werden.**

**6. Ebenso kann es
zu staatlichen
Zuschüssen beim
Kauf eines
Elektroautos**

**kommen, wie es die
Autoindustrie, die
fast nichts
derartiges
verkaufen kann,
vehement fordert.
Nicht einmal 2.500
Neuzulassungen gab
es in Deutschland
im 1. Halbjahr
2013. Die
Autofahrer sind**

**eben nicht so
dumm, ein
überteuertes
Fahrzeug zu
kaufen, das auch
noch
ausschließlich
Nachteile bringt:
Geringe
Reichweite, lange
Ladezeiten,
fehlende Lade-**

**Infrastruktur,
Unbrauchbarkeit im
Winter,
Sicherheitsbedenke
n bei den Li-
Ionenbatterien,
Zweifel an der
Batterielebensdaue
r. Dazu kommt
noch die
Konkurrenz
moderner**

Dieselmotoren, die kaum weniger energieeffizient, aber voll gebrauchstüchtig sind. Die Regierung hat jedoch aus nicht nachvollziehbaren Gründen das E-Auto zum Klimaretter ernannt und es ist

**zu befürchten,
dass neue
staatliche
Maßnahmen erfunden
werden, um diese
noch ca. 20 Jahre
von ihrer
Brauchbarkeit
entfernte Technik
jetzt in den Markt
zu bringen, koste
es was es wolle.**

7. Es ist davon auszugehen, dass die sog. Smart Meter, also „intelligente Stromzähler“, durch staatliche Zwangsmaßnahmen in den Haushalten auch von Altbauten eingebaut werden müssen. Versuche

**haben zwar
gezeigt, dass die
damit verbundenen
Kosten deutlich
über den sehr
geringen
Einsparungen im
Stromverbrauch
liegen, doch das
dürfte nach allen
Erfahrungen die
Ministerialbürokr**

**tie nicht daran
hindern. Es geht
schließlich nicht
nur um
Stromeinsparungen,
sondern vielmehr
um die Kontrolle
der
Energieverbraucher
sowie um deren
Erziehung zum
Energiesparen. Es**

**sind deshalb
Proteste zu
erwarten, weil mit
diesen Zählern das
Verbrauchsverhalte
n der Bürger
überwacht werden
kann – mit
Ermahnungen des
Versorgers bei
kritikwürdigem,
nicht**

**klimagerechten
Verhalten. Der
Schnüffelstaat
läßt grüßen.**

**8. Kurz vor der
Bundestagswahl hat
das bis dahin FDP-
geführte
Wirtschaftsministe-
rium 1000
Energieberatungs-**

**Gutscheine á 250
Euro an Haus- und
Wohnungsbesitzer
verteilt. Ziel
sei „ein
weitgehender
klimaneutraler
Gebäudebestand bis
2050“. Dieser
dreifache Unfug –
die Unnötigkeit
der Aktion, weil**

**das Klimaargument
passé ist, die
größenwahnsinnige
Perspektive 2050
und die faktische
Unbezahlbarkeit
trotz Gutschein –
erklärt zumindest
zu einem kleinen
Teil den
Totalabsturz der
FDP. Aber die Idee**

**zur
Energieberatung
der Haushalte
hatte zuvor schon
Minister Altmaier
und es ist
anzunehmen, dass
die staatlich
geförderte
Ermunterung der
Bürger zum
Energiesparen noch**

**weiter getrieben
wird. Bezeichnend
ist dabei, dass es
mit dem Strom-
Schlaraffenland
der Erneuerbaren
nicht so weit her
sein kann, wenn
geradezu
verzweifelt das
Stromsparen
propagiert wird.**

**Ob die Ergebnisse
dieser Beratungen
von staatlichen
Stellen
ausgewertet
werden, um
uneinsichtigen
Bürgern
„erneuerbare“
Energien nahe zu
bringen, ist
offen, aber**

**keineswegs
ausgeschlossen.**

**9. Weil mit
zunehmendem Anteil
von extremen
Spitzen und ebenso
abrupt
eintretenden
Versorgungslücken
des Windstroms
gerechnet werden**

**muss, steigt auch
die Gefahr von
Netzzusammenbrüche
n – neudeutsch
Blackouts. Weil
es nicht
annähernd
ausreichende
Stromspeicher zum
Ausgleich dieser
Schwankungen gibt
– und auch für die**

**kommenden 20 Jahre
nicht geben wird –
werden staatliche
Stellen verstärkt
Großverbraucher
zwingen,
zeitweise
Stromabschaltungen
hinzunehmen.
Diese Unternehmen
sehen sich dadurch
gezwungen, eigene**

**größere
Notstromgeneratore
n zu installieren,
was ihre Kosten in
die Höhe treibt.**

**10. Weil die
Lebensdauer auch
von
Photovoltaikanlage
n und
Windkraftanlagen**

**begrenzt ist,
stellt sich
irgendwann die
Frage der
Verschrottung.
Nach dem bislang
eisern
durchgehaltenen
Prinzip der
Energiewende, alle
Kosten auf die
Verbraucher**

abzuwälzen, ist zu befürchten, dass das auch bei diesen Kosten nicht anders sein wird.

11. Die Schnüffelei, die bei den intelligenten Zählern und der

**Energieberatung
möglich ist, kann
auch noch auf
einer anderen,
buchstäblich
höheren Ebene
erfolgen: Der
Umweltreferent der
Stadt Bonn, der
über die geringe
Anzahl von
Photovoltaikanlage**

**n auf den Dächern,
die er aus seinem
Büro sah, sehr
traurig war,
verbreitete sich
über die Idee, aus
Luftbildaufnahmen
alle für eine
Solarzellen-
Installation
geeigneten Dächer
der Stadt zu**

**bestimmen – um
dann den
betreffenden
Hausbesitzern die
Anschaffung einer
Solarstromanlage
ans Herz legen zu
können. Hier
können sich
staatliche Stellen
noch Meriten
erwerben;**

**vielleicht hilft
auch die
Luftwaffe.**

**13. Die Mischung
aus Hilflosigkeit
und Verzweiflung
produziert bereits
Vorschläge, die
die Älteren an die
letzten Jahre des
Krieges erinnern.**

**Damals wurde zum
Beispiel in der
Wochenschau im
Kino regelmäßig
der Kohlenklau
vorgeführt , den
man durch das
Schließen der
Fenster am
Energiediebstahl
hindern sollte.
Jetzt ist das**

**Energiesparen
wieder nationale
Pflicht geworden.
Mit Plakaten wurde
im Krieg auf die
Wichtigkeit der
Verdunkelung
hingewiesen –
damals gegen die
Bomber, heute
vielleicht wieder
aktuell gegen den**

**auch nicht
angenehmen totalen
Blackout im
Winter. Minister
Altmaier gab
bereits Tips zum
Energiesparen im
Haushalt: So
sollte man
möglichst den
Deckel auf dem
Kochtopf lassen.**

**Wenn es so weiter
geht, werden auch
noch unsere
Kabarettisten
arbeitslos.**

**Eine sehr
ernste Warnung**

**Auf dem
Debattenabend
„Energiewende:**

**Plan- vs.
Marktwirtschaft“
der Stiftung
Energie &
Klimaschutz am
5.6.2013 in
Stuttgart hat der
Leiter des
renommierten
Instituts für
Energiewirtschaft
und Rationelle**

**Energieanwendung
(IER) der
Universität
Stuttgart, Prof.
Dr. Alfred Voß,
die Gefahr eines
weiteren Ausbaus
der sog.
Erneuerbaren mit
sehr deutlichen
Worten
beschrieben.**

**Zitat: „Die
Technologieziel
e der
Energiewende
sind mit einem
marktwirtschaft
lichen
Ordnungsrahmen
nicht zu
erreichen“.
Trotz großer
Fortschritte**

**der
erneuerbaren
Energien glaube
er nicht, dass
diese auf einem
freien Markt
mit der
konventionellen
Stromerzeugung
konkurrieren
können.
Deshalb werde**

**die
Energiewende
„nur mit einem
planwirtschaftl
ichen
Ordnungsrahmen
und mit
erheblich
höheren Kosten
umzusetzen
sein“. Voß
weiter: „Alles**

**was wir machen,
wenn wir den
Ausbau der
Erneuerbaren so
fortführen,
wird dazu
beitragen, dass
wir ein
Energieversorgu
ngssystem
haben, das ein
zentrales**

**Kriterium nicht
erfüllt,
nämlich einen
wettbewerbsfähigen
Strompreis
für die Bürger
und die
Industrie.“**

**Zur Erinnerung: Im
September 2010**

**beschloss die
Regierung das
„Energiekonzept
für eine
umweltschonende,
zuverlässige und
bezahlbare (!)
Energieversorgung“
. Wird dieses
Konzept weiter
verfolgt, werden
alle diese**

**Hauptziele völlig
verfehlt und
dieses Experiment
wird in einer
teuren
Planwirtschaft
enden.**

Prognosen

**sind
schwierig.....,**

**insbesondere, wenn
sie die Zukunft
betreffen. Dieser
von Mark Twain
stammende Satz
gilt weiterhin und
ganz besonders für
die deutsche**

**Energiepolitik.
Dennoch sei hier
eine Voraussage
gewagt. Genau so,
wie neuerdings in
Wetterberichten
regelmäßig die
ziemlich seltsame
Aussage über die
Regenwahrscheinlic
hkeit zu hören ist
(als ob man dann**

**mit 60-prozentiger
Wahrscheinlichkeit
seinen Schirm
mitnimmt), kann
man auch in diesem
Politikfeld, gegen
das unser Wetter –
obwohl ein
chaotisches System
– zumindest für
zwei Tage und
damit besser als**

**die gleichfalls
chaotische Politik
recht gut
prognostizierbar
ist, nur noch mit
Wahrscheinlichkeiten
rechnen.**

**Und die oben
angestellten
Betrachtungen
ergeben mit einer**

**höheren
Wahrscheinlichkeit
als alle anderen
Möglichkeiten für
den Energiesektor
das Ergebnis Plan-
und
Staatswirtschaft.
Sollte es anders
kommen, wäre es
ein guter Grund
zur**

**vorübergehenden
Erleichterung.**

**Dr.-Ing. Günter
Keil, Sankt
Augustin**

**Den Beitrag können
Sie unten als pdf
herunterladen**

Related Files

- **keil_energiewende
_staatswirtschaft
-pdf**